

ANTRAG

der Fraktionen der SPD und CDU

Gemeinsam der Gefahr durch Mutationen und Pandemie-Müdigkeit trotzen

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass die Corona-Virus-Lage insbesondere in den ostdeutschen Ländern weiter sehr ernst ist. In Mecklenburg-Vorpommern liegt die 7-Tages-Inzidenz derzeit höher als vor Weihnachten und auch im Vergleich zum Jahresbeginn, als die aktuellen Shutdown-Beschlüsse gefasst wurden. Beim Vergleich der Infektionszahlen liegt das Land gegenwärtig im Mittelfeld der Länder. In Mecklenburg-Vorpommern liegen vier Landkreise über einer 7-Tages-Inzidenz von 100, zwei befinden sich gegenwärtig an der Grenze des Wertes von 200. Insbesondere ist die Situation in Alten- und Pflegeheimen trotz der Fortschritte beim Impfen nach wie vor kritisch und die Auslastung der Krankenhäuser und Intensivstationen hoch. Erschwerend kommt nun hinzu, dass inzwischen auch in Deutschland die ersten Fälle der in Großbritannien und Südafrika entdeckten gefährlichen Virus-Mutationen aufgetreten sind. Diese erweisen sich als deutlich ansteckender als die bisherigen Virus-Varianten. Die Infektionsdynamik in betroffenen Staaten wie England und Irland ist dementsprechend dramatisch. Die Virus-Mutation verdrängt dort den ursprünglichen Virus immer weiter. Eine solche Entwicklung gilt es in Deutschland unbedingt zu vermeiden. Grundvoraussetzung dafür ist, die Infektionszahlen schnellstmöglich so weit zu senken, dass die Kontaktnachverfolgung durch die Gesundheitsämter kontinuierlich und lückenlos gewährleistet ist (Richtwert von 50 Neuinfektionen auf 100 000 Einwohner in sieben Tagen). Nur bei einer dauerhaft niedrigen Ansteckungsrate und weiteren Fortschritten bei der Impftätigkeit kann auch die Verbreitung der Mutation nachhaltig gebremst werden.

- II. Vor diesem Hintergrund unterstützt der Landtag die Beschlüsse der Bundeskanzlerin und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 19. Januar 2021. Er teilt die Bewertung, dass es erforderlich ist, die geltenden Maßnahmen bis zum 14. Februar 2021 fortzuschreiben und so auch Vorsorge für das zu erwartende Auftreten der deutlich ansteckenderen Virus-Mutationen zu treffen. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, die vereinbarten Maßnahmen umzusetzen. Dazu hält er Folgendes fest:
1. Der Landtag schließt sich der Bitte der Bundeskanzlerin und der Regierungschefinnen und Regierungschefs an und bittet die Bürgerinnen und Bürger dringend, auch in den nächsten Wochen weiterhin alle Kontakte auf das absolut notwendige Minimum zu reduzieren.
 2. Der Landtag begrüßt, dass in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie in Geschäften verbindlich die Pflicht zum Tragen von medizinischen Masken („OP-Maske“ oder FFP2-Maske) eingeführt wird, da diese zur Abwehr der Virus-Mutation eine höhere Schutzwirkung als Alltagsmasken haben. Der Landtag fordert die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auf, insbesondere den Beschäftigten in exponierten Berufsgruppen FFP2-Masken zur Verfügung zu stellen. Für die betroffenen Beschäftigten im Landesdienst soll dies durch die Landesregierung erfolgen. Darüber hinaus spricht sich der Landtag für die kostenfreie Zurverfügungstellung von FFP2-Masken für Bedürftige durch den Bund aus.
 3. Die bisherigen Regelungen für Kita und Schule sollen grundsätzlich beibehalten werden. Das heißt, die Präsenzplicht für alle Jahrgangsstufen der öffentlich allgemeinbildenden und beruflichen Schulen bleibt aufgehoben. Für die Abschlussklassen ist Unterricht in Präsenz möglich und sollte im Hinblick auf die Prüfungen auch genutzt werden. Für die Jahrgangsstufen 1 bis 6 sowie für alle Schülerinnen und Schüler der Schule mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung und der Schule mit dem Förderschwerpunkt Unterricht kranker Schülerinnen und Schüler bleiben die Schulen geöffnet. Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 1 bis 6, die nicht zu Hause betreut werden können, werden in der Schule durch Lehrkräfte bei der Erfüllung ihrer Aufgaben begleitet. Mit Blick auf das erhöhte Ansteckungsrisiko der neu aufgetretenen Virus-Varianten soll künftig in Landkreisen und kreisfreien Städten mit einer 7-Tages-Inzidenz von 150 und mehr auf eine solche Notbetreuung in den Klassen 1 bis 6 sowie den Kitas umgestellt werden, wie sie bisher für Bereiche mit einer Inzidenz ab 200 gilt.
- III. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber wie auch die Beschäftigten fordert der Landtag auf, auch unabhängig von rechtlichen Verpflichtungen alle Möglichkeiten zum Home-Office auszuschöpfen und überall dort, wo dies nicht möglich ist, bestmögliche Infektionsvorsorge durch zeitversetztes Arbeiten oder andere geeignete Schutzmaßnahmen zu treffen.
- IV. Die bisherige Impfstrategie des Landes ist hervorragend gestartet. Jetzt gilt es, die Impfinfrastrukturen zeitnah so weiterzuentwickeln, dass - wenn der Impfstoff vom Bund in ausreichender Menge und geeigneter Form zur Verfügung gestellt wird - alle gemäß den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission Impfberechtigten schnellstmöglich dezentral (z. B. über mobile Impfteams) mit Impfangeboten versorgt werden können. Dies gilt insbesondere auch für den ländlichen Raum.

- V. Vor dem Hintergrund der Verlängerung des Shutdowns begrüßt der Landtag, dass die Landesregierung die Strategie weiterverfolgt, Wirtschaftshilfen des Bund durch spezielle Ergänzungsprogramme für Unternehmen und Beschäftigte zu flankieren. Neben der Einführung einer Marktpräsenzprämie durch den Einzelhandel, der Vorfinanzierung von Bundeshilfen im Einzelfall oder der Förderung der Ausbildungssicherung unterstützt der Landtag insbesondere die Starthilfe für Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe, mit der sein Beschluss vom 29. Oktober 2020 (Drucksache 7/5502) umgesetzt wird. Der Landtag begrüßt zudem die Einführung einer Task-Force-Wirtschaft der Landesregierung mit den Wirtschaftskammern und den Sozialpartnern, die unter Berücksichtigung des Gesundheitsschutzes entsprechend dem MV-Plan Öffnungsperspektiven für die Wirtschaft entwickeln soll.
- VI. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, unverzüglich in den jeweils zuständigen Ausschüssen über den aktuellen Sachstand der Umsetzung der Landtagsbeschlüsse zur Bekämpfung der Corona-Pandemie (Drucksachen 7/5502, 7/5615, 7/5673 und 7/5697) umfassend zu unterrichten.
- VII. Die allermeisten Menschen in Mecklenburg-Vorpommern halten sich nach wie vor vorbildlich an die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie und haben gelernt, mit dem Virus zu leben. Trotzdem besteht zu Recht die Erwartungshaltung, dass die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie im Einklang mit dem MV-Plan zurückgefahren werden, sobald das Infektionsgeschehen dies zulässt. Die Landesregierung wird gebeten, frühzeitig mit den Akteuren des MV-Gipfels zu beraten und zu kommunizieren, welche Lockerungsszenarien in Abhängigkeit vom Infektionsgeschehen, der Belastung des Gesundheitssystems und der erreichten Impfquote realistisch sind.

Thomas Krüger und Fraktion

Wolfgang Waldmüller und Fraktion